

hat die herrschenden Kreise nicht nur beunruhigt, sondern zugleich zu einer enormen Aktivität bei der Untersuchung und Steuerung dieses Problems geführt. Noch unter der Johnson-Administration, nach dem Mord an Robert Kennedy, war in den USA eine Regierungskommission unter Milton Eisenhower, einem Bruder des verstorbenen früheren Präsidenten der USA, zur Untersuchung der Ursachen von Gewalttätigkeit eingesetzt worden. Diese Kommission gelangte in ihrem Bericht teilweise zu Schlüssen, die für US-amerikanische Verhältnisse geradezu frappierend sind. „Der Zusammenhang“, so hieß es im Eisenhower-Report, „besteht nicht zwischen Rasse und Verbrechen. Er besteht zwischen Armut und Verbrechen.“^{/11/} Damit war die unwissenschaftliche Theorie vom geborenen farbigen Verbrecher auch offiziell in Zweifel gezogen, was keineswegs bedeutet, daß sie nicht in der Polizei- und Justizpraxis der USA täglich neu belebt und praktiziert wird.

Die Armut, von der der Eisenhower-Bericht als einer der Hintergründe der Gewaltkriminalität sprach, präsentiert sich in den USA insbesondere in Gestalt der sog. Slums in den Großstädten, in denen mehr als 5 Millionen Familien unterhalb des Existenzminimums vegetieren. Ihnen erscheint die Flucht ins Verbrechen oft als einziger Ausweg. Die vernichtende Frage, die Friedrich Engels Mitte des vorigen Jahrhunderts dem Kapitalismus entgegenschleuderte, trifft dasselbe System auch heute unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution noch mit voller Schere: „Wer kann es ihnen verübeln, wenn die Männer sich auf den Straßenraub oder Einbruch, die Weiber auf den Diebstahl und die Prostitution werfen?“^{/12/}

Die Tatsache, daß sich in der Beurteilung der Kriminalität in manchen Kreisen der USA gewisse realistische Züge abzeichnen, bedeutet noch nicht, daß das imperialistische System auch nur annähernd in der Lage wäre, konstruktive Maßnahmen zur Eindämmung der Verbrechensflut zu ergreifen. Die eigene aggressive und verbrecherische Politik hindert das herrschende Regime, selbst ein Minimum an Mitteln zur Beseitigung des Pauperismus und der Asozialität als eine der Brutstätten des Verbrechens aufzuwenden. Die Aggression gegen andere Staaten, der systematisch betriebene Völkermord in Vietnam und anderswo genießt den absoluten Vorrang vor allen anderen Problemen der amerikanischen Politik. Die Logik dieses selbst schwerster politischer Verbrechen schuldigen Regimes spiegelte sich auch im erwähnten Eisenhower-Report wider, in dem zwar für eine Erhöhung der jährlichen Wohlfahrtsausgaben um 20 Milliarden Dollar plädiert wird, jedoch nur für den Fall, daß „unsere Verwicklung in den Vietnam-Krieg endet.“^{/13/} Was blieb, war die Forderung, die Ausgaben für Polizei und Justiz zu verdoppeln.

An aktuellen Projekten einer effektiveren Verbrechensbekämpfung in den USA stehen jedoch nach wie vor die als sog. Kriminalitätspaket im Juli 1969 im Kongreß eingebrachten 13 Gesetzentwürfe auf der Tagesordnung, mit denen in der Bundeshauptstadt Washington Polizei und Justiz verstärkt und ihre Vollmachten erweitert werden sollen, um insbesondere das Berufsverbrechertum, den Rauschgifthandel und die öffentliche Unsicherheit auf den Straßen einzuschränken. Diese Maßnahmen erwiesen sich als besonders dringlich, weil ausgerechnet die amerikanische Metropole die Stadt mit der höchsten Gewaltkriminalität in den USA ist. Tatsache ist, daß sich durch die

Unzahl der dort agierenden Plünderer und Räuber selbst die amerikanische Regierung in ihrer Tätigkeit bedroht fühlt, weshalb Nixon beispielsweise anordnete, das Weiße Haus nachts von riesigen Scheinwerfern anstrahlen zu lassen. Sein Versprechen jedoch, „die Straßen der Hauptstadt von Verbrechern reinzulegen“^{/14/}, konnte er nicht einlösen. Seit dem Amtsantritt Nixons stieg im Gegenteil die Zahl der Verbrechen in Washington schneller als je zuvor, allein im Jahre 1969 um 27 Prozent. Der Grund hierfür liegt keineswegs allein in der von Nixon in seiner zweiten Botschaft „Zur Lage der Nation“ beklagten Weigerung des Kongresses, dem sog. Kriminalitätspaket zuzustimmen.^{/15/} Einig sind sich die verschiedenen Monopolgruppen in den USA darin, wenigstens die Stadt des Regierungssitzes zum Modell einer sicheren Stadt zu machen. Über Methoden und Aufwand einer effektiveren Verbrechensbekämpfung jedoch gibt es bis heute ernsthafte Differenzen.

Gefährdet die Kriminalität das imperialistische System?

Einig ist sich die imperialistische Bourgeoisie vor allem darin, daß die nicht mehr regulierbare Eskalation der Kriminalität eine erhebliche Gefahr für die herrschende Ordnung bedeutet. In dem erwähnten Bericht der amerikanischen Regierungskommission zur Untersuchung der Gewalttätigkeit wurde u. a. erklärt: „Der hohe Anteil der Gewaltverbrechen ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft. Er entstellt das Bild der Gesellschaft, indem er manche Wohnbezirke unserer Städte in Festungen verwandelt und die Bevölkerung in feindliche Lager spaltet“^{/16/}

In Wirklichkeit ist die Massenkriminalität in den USA ebenso wie in anderen imperialistischen Ländern nur ein besonders zugespitzter Ausdruck der antagonistischen Grundstruktur dieses Gesellschaftssystems, vor allem der fortschreitenden Verengung der sozialen Basis des Monopolkapitals.^{/17/}

Das Bestreben der imperialistischen Apologeten, die die von der Kriminalität ausgehenden Gefahren theoretisch ausdeuten, geht selbstredend dahin, das imperialistische System mit der menschlichen Gesellschaft schlechthin zu identifizieren. Solche Auffassungen wurden beispielsweise auch im Entwurf des Abschlußberichtes des jüngsten UNO-Kongresses über Kriminalitätsbekämpfung in Kyoto^{/18/} laut. Es wurde darin die Dringlichkeit von Reformen der Verbrechensbekämpfung „wegen des allgemein vorhandenen Geistes mangelnden Vertrauens[^] und der Abneigung gegenüber den traditionellen Formen der Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung hervor (gehoben), die, wenn sie außer Kontrolle geraten, selbst die Existenz der Gesellschaft als solche (Sperrung von mir — P. P.) bedrohen können“. Es braucht hier nicht näher dargelegt zu werden, daß kein sozialistischer Staat diese konvergenztheoretische These auf sich beziehen wird; denn es gibt in der heutigen Welt keine Gesellschaft als solche, sondern stets nur historisch konkrete Klassengesellschaften. Dennoch erhebt sich die Frage, ob (und inwieweit) die Kriminalität tatsächlich objektiv eine Gefahr für die Existenz des imperialistischen Systems ist, wie das die Ordnungshüter des Imperialismus behaupten. Diese Frage kann

/11/ International Herald Tribune vom 24. November 1969.

/12/ Marx/Engels, Werke, Bd. 1, Berlin 1964, S. 465.

/13/ Die Welt vom 23. Dezember 1969.

/14/ Der Spiegel (Hamburg) vom 25. Mai 1970.

/15/ Vgl. Die Welt vom 23. Januar 1970.

/16/ Die Welt vom 23. Dezember 1969.

/17/ Vgl. Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, Dokumente, Berlin 1969, S. 33.

/18/ Vgl. Heilborn, „IV. UNO-Kongreß über die Kriminalitätsverhütung und die Behandlung von Straftätern“, NJ 1970 S. 740 ff.